

BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH

DORIS BURES
BUNDESMINISTERIN
FÜR FRAUEN, MEDIEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST

An den
Präsidenten des Bundesrats
Manfred GRUBER
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.410/0004-I/4/2007

Wien, am 26. März 2007

2290 /A.B.....BR/ 2007
zu 2489 /J.....BR/ 2007
Präs. am 13. April 2007

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Bundesräte Weiss, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Februar 2007 unter der Nr. 2489/J-BR an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend ausreichende Dotierung der Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie gerichtet.

Mit der Novelle zum Bundesministeriengesetz vom 22. Februar 2007, BGBl. I Nr. 6/2007 iVm der Entschließung des Bundespräsidenten vom 1. März 2007, BGBl. II Nr. 49/2007, sind „Angelegenheiten der Frauenpolitik“ in meine Zuständigkeit übergegangen. Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die finanzielle Ausstattung der Interventionsstellen wurde in die Budgetverhandlungen für die Jahre 2007 und 2008 einbezogen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen beabsichtige ich, vorbehaltlich der parlamentarischen Beschlussfassung des Bundesfinanzgesetzes, eine Aufstockung der finanziellen Ressourcen sämtlicher Interventionsstellen, somit auch der Interventionsstelle Vorarlberg, aus dem mir für Frauenangelegenheiten zur Verfügung stehenden Budget.

Zu Frage 2:

Über die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens des Regierungsprogramms in den einzelnen Bundesländern ist gemäß § 25 Absatz 3 SPG mit dem für die Auftragsverträge mit den Interventionsstellen federführend zuständigen Bundesminister für Inneres das Einvernehmen herzustellen. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil im Rahmen der bestehenden Auftragsverträge die Finanzierung der Interventionsstelle Vorarlberg wie auch der anderen Interventionsstellen sowohl aus Mitteln des Bundesministeriums für Inneres als auch aus dem Budget für Frauenangelegenheiten erfolgt.

Ich bin jedoch zuversichtlich, dass die mit dem Bundesministerium für Inneres zu führenden Gespräche rasch abgeschlossen werden können, sodass das für jede einzelne Interventionsstelle konkret zur Verfügung zu stellende Budget festgelegt werden kann.

Susanne Juel